



Sitzung des Stadtrates am 29.05.2024

Antrag der Fraktionen MitBürger, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Die PARTEI zur Erarbeitung einer Engagementstrategie für Halle (Saale)

Vorlagen Nummer: VII/2024/07083

TOP: 9.20

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen.

Begründung:

Im Land Sachsen-Anhalt liegt eine Engagementstrategie vor, die bis 2026 entsprechend des Koalitionsvertrages weiter ausgebaut werden soll. Diese Engagementstrategie beinhaltet Empfehlungen für Bund, Land und Kommunen. Viele dieser Empfehlungen für Kommunen setzt die Stadt Halle (Saale) bereits seit langem um (Anerkennungsveranstaltungen, Ehrenamtskarte, Tätigkeitsnachweise, Schaffung eines Ressourcenpools, feste Ansprechpartnerinnen und -partner) und ist damit Vorreiterin im Land.

Eine lokale Engagementstrategie federführend zu entwickeln (organisatorisch flankiert durch die Stadtverwaltung) und dann Stadtrat und Stadtverwaltung zur Diskussion vorzulegen ist Aufgabe des vom Stadtrat berufenen Engagementbeirats. Das Dienstleistungszentrum Bürgerbeteiligung selbst übernimmt auch weiterhin die organisatorische Unterstützung des Beirates (Einladung, Protokoll, Unterstützung Vereinsforum, Freiwilligentag etc.). Für die inhaltliche Arbeit sind die in den Engagementbeirat berufenen Expertinnen und Experten zuständig.

Das Ziel der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements und der damit verbundenen Berufung eines Engagementbeirates ist es ja gerade, das Engagement vor allem aus der Stadtgesellschaft heraus „bottom up“ zu fördern.

Insofern empfiehlt die Stadtverwaltung, den Antrag so umzuwandeln, dass die Strategie federführend durch den Engagementbeirat entwickelt wird – analog zur inhaltlichen Arbeit des Beirates in der vergangenen Berufenungsperiode. Die Verwaltung unterstützt selbstverständlich bei der Akquise zusätzlicher finanzieller Ressourcen. Mit Blick auf die im Antrag angegebenen Beispiele würde entsprechend nach Fördermöglichkeiten gesucht:

1. **Holzgerlingen** (ca. 14.600 Einwohner/innen) – Die Erarbeitung der Engagementstrategie wurde mit 15.000 Euro im Rahmen des Landes-Förderprogramms „Gemeinsam engagiert in Baden-Württemberg“ finanziert.
2. **Bitburg** (ca. 16.500 Einwohner/innen) – Um die 5-jährige Erarbeitungphase einer Engagementstrategie zu realisieren, bewarb sich Bitburg als „Engagierte Stadt“. Für Städte mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern ist eine Bewerbung für das bundesweite

Netzwerkprogramm möglich. Die Bundesregierung und verschiedene beteiligte Stiftungen investieren dafür mehr als drei Millionen Euro. Im Rahmen dieser Bewerbung hat der Arbeitskreis Engagierte Stadt als Steuerungsgruppe die Engagementstrategie erarbeitet. Über diese Förderphase war der Caritasverband Westeifel e. V. federführend.

Für Berlin ist zu konstatieren, dass die Erarbeitung der Engagementstrategie die Staatskanzlei federführend übernommen hatte.

Sofern die antragstellenden Fraktionen bei ihrem Beschlussvorschlag bleiben, empfiehlt die Stadtverwaltung, den Antrag abzulehnen. Aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen (neue freiwillige Leistung) ist der Antrag für die Stadtverwaltung nicht umsetzbar.

Egbert Geier
Bürgermeister